

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Preis für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 6,30 M., vierteljährlich 18,30 M. Die 11blätter 37 mm breite Seite 2 M. Mit Familienanzahligen, Einzelnen unter 20 M. u. Wohnungsbesitz, 1 Postfach 25 241, Postgebühren sind zu zahlen. Zusätzliche Beiträge gegen Voranbezahlung. Anzeigennummer 30 Pf.

Schriftleitung und Druckerei: Nachrichten Dresden.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1088 Dresden.

Redaktion nur mit beifolgender Quittung (Dresdner Nachr.) zulässig. — Inseratepreise werden nicht aufgeführt.

Blesch-Weinstuben
Prager Straße
Täglich: Künstler-Konzert
Gute Küche / Outgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

Koffer
Enterlein
Dresden 23
Kaufmann

Konditorei Limberg
Dresden, Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke — Kaffeegebäck

Für die Erhaltung Oberschlesiens.

Eine Rede Gerhart Hauptmanns.

Berlin, 15. Juli. Die heutige Kundgebung für ein einheitliches Oberschlesien im großen Saale der Philharmonie gehört zu den eindrucksvollsten, die die Hauptstadt je gesehen hat. Tausende drängten sich in den bis auf den letzten Platz gefüllten Saal, Hunderte mußten, ohne Einlaß zu finden, umkehren. Die Versammlung wurde eingeleitet durch Beethovens Choral „Die Ehre Gottes in der Natur“ und von dem früheren Professor Dr. v. Darnod mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Nach ihm ergriff Gerhart Hauptmann das Wort, der in zwölfter Stunde einen warmen Appell an den Obersten Rat richtete. Der berühmte Dichter, der eigens aus Schlesien herübergekommen war, um für sein Heimatland zu zeugen, wurde von der Versammlung mit nicht endenwollendem Beifall begrüßt.

Gerhart Hauptmann führte etwa aus: Ein Oberster Rat zu Paris, bei dem wir Sitz und Stimme nicht haben, wird darüber Beschluß fassen, ob wiederum ein Teil von Deutschland abgetrennt und an andere Staatsgewalten angeheftet werden soll. Gewalt ist Gewalt! Wir sind ein bestes Volk, ein Volk, das im Kriege Gewalt gegen Gewalt unterlegen ist. Also hat man uns — meine ich — im Sinne eines irrtümlichen Gedankens der Gerechtigkeit — gewalttätig die Verfügung über unseren Landesteil Oberschlesien entzogen: Entzogen wie man sagen mag mit dem Rechte der Gewalt. Man hat aber dem Gerechtigkeitssinn der schlesischen rechtlichen Welt doch noch das Opfer gebracht, dem in Frage stehenden Landesteil und seinen Bewohnern anheim zu geben, durch Plebiszit zu erklären, ob es bei seinem angestammten Nationalkörper bleiben oder von ihm abfallen will. Da Stimmenmehrheit entscheiden sollte, ist durch Stimmenmehrheit entschieden worden und zwar, wie zu erwarten war, nicht für den Abfall sondern für den Verbleib beim alten Reich.

Wir sind ein bestes Volk. Es ist die allerbitterste Wahrheit, die allerbitterste Enttäuschung der Menschheit, daß es im Jahre 1921 überhaupt noch Sieger und besiegte Völker geben kann

und insbesondere unter den europäischen Völkern. Ich sage das nicht als Deutscher, sondern als Europäer, dessen Idee Europa ist. Wir warnen den Obersten Rat vor einer Tat der in Permanenz erklärten Gewalt. Gewalt im Rahmen des Krieges besitzt immerhin eine gewisse Größe und einen gewissen Adel, die der Gewalt im Frieden vollständig fehlen. Gewalt, im Friedensstande geübt, ist etwas, wodurch sich die Menschheit bis ins letzte hinein demoralisiert (Schulimung). Es würde Schwall sein, im Frieden geübt — darüber soll sich niemand täuschen —, wenn man anderen Reichsteil Oberschlesien von Reich loslösen, uns wegnehmen und einem anderen Verband angliedern wollte. Wir warnen also den Obersten Rat vor Ausübung der Gewalt im Zustande des Friedens. Es geht nicht an, daß einer den Pfingst führt, in der heiligen Wehrlosigkeit arbeitet, während ein sanktionierter Gewaltmensch mit dem Schwert in der Hand ihm den Stier vom Pfingst nimmt. Wir warnen den Obersten Rat schließlich und endlich deshalb, weil ihm nichts daran liegen kann, in Oberschlesien heimliche Brandherde zu schaffen, die das Werk des Friedens bedrohen. Ein neuer Weltbrand würde die letzten Reste des menschlichen Wohlstandes und menschlicher Gerechtigkeit hinwegraffen, das Wohlstande der menschlichen Kultur dem Boden gleichmachen und einen Abscheu ausstrahlen.

Es war ein unbedingt großer Augenblick, als der mächtige europäische Staatsmann

Lord George sein Wort vom fair play in das Chaos warf.

Ich sage: Ein Mann ein Wort und habe darauf und glaube daran. (Beifall.) Und wir nach dem Rechte des Friedens Hungernden haben von jenseits des Ozeans eine andere Stimme, die Stimme des Präsidenten Harding gehört, die eine Zeitung „Sun“ das erste Licht nannte. Wie finster muß dieser Sonne die Welt erscheinen, wenn sie selbst so entzündet das erste Licht begründet. Diese arme Sonne hat recht, es sind finstere Zeiten. Aber die Stimme rief: „Waffen nieder!“ von jenseits des Ozeans. Das will bedeuten, daß diese Stimme Friede, Friede rief. Fort mit den Taten der Gewalt und also möge es endlich Licht werden. (Stürmischer Beifall.)

Nach Gerhart Hauptmann sprach zunächst als Vertreter der Deutschen Volkspartei der frühere Rektor der Universität Berlin, Geh. Rat Dr. Kahl, hierauf der ober-schlesische Zentrumsgeschäftsführer Herrschel, der ein erschütterndes Bild der Verhältnisse der ober-schlesischen Bevölkerung aus den letzten Monaten entwarf. Sodann sprach der Staatsrechtslehrer Professor Schäfer für die Demokratische Partei, der frühere Außenminister Dr. Koester (Soz.) und endlich der Diktator Professor Hoebisch für die Deutsch-nationalen. Besonders bemerkenswert war es, daß die Vertreter der rechtsstehenden Parteien aus schärfste die Behauptung Brandts zurückwiesen, daß die von Frankreich widerrechtlich bis zum heutigen Tage aufrechterhaltenen Sanktionen als eine Stärkung des Kabinetts Wirth in Deutschland wirken könnten. — Nachdem Professor v. Darnod in seinem Schlusswort eine eindringliche Mahnung an das Weltgewissen gerichtet hatte, in Oberschlesien in Gemäßheit des Versailler Friedensvertrages zu entscheiden und dort an der alten Stätte deutscher Kultur und deutschen Gewerbetreibenden keinen neuen europäischen Brandherd zu entzünden, wurde eine

Resolution
angenommen, in der mit aller Schärfe gegen die Behauptung protestiert wird, daß die Tatsachen in Oberschlesien zugunsten Polens sprechen. Das deutsche Volk kann es nicht hinnehmen, daß Teile des ober-schlesischen Bodens durch Nachspruch vom deutschen Mutterland abgetrennt werden. Die unerhörten Verleiden der Bevölkerung während der acht Wochen, in denen sie unter der Herrschaft der polnischen Injuranten gehalten hat, haben gezeigt, was die deutsch-schlesischen Oberschlesier bei einem Übergang an Polen zu erwarten haben, um so mehr, als Polen in den bereits abgetrennten Gebieten vor aller Welt gezeigt hat, daß es nicht in der Lage ist, den vertraglich übernommenen wirksamen Schutz der Deutschen zu gewährleisten. (W. T. B.)

Die Ausrottung des Deutschtums in Oberschlesien.

Breslau, 15. Juli. Die „Schles. Ztg.“ veröffentlicht ein im Pommerschen Hotel zu Dentschen gesandenes polnisches Schriftstück folgenden Inhalts: Streng geheim zu halten! Nur zu schreiben an alle Kommandostellen. Wenn es bisher den Militärabteilungen nicht gelungen ist, das zu erreichen, was sie sich vorgenommen hatten, vor allen Dingen, wenn sie durch die Franzosen an manchen Orten gehindert werden, sollen sie sich nicht verleiten lassen, deshalb etwa gegen die Franzosen feindselig vorzugehen. Diese sind und bleiben unsere Freunde und Verbündeten, die ihre eigene Politik und ihre eigenen Ziele verfolgen. Wenn es auch manchmal zu aussieht, als ob ihre Handlungen gegen uns gerichtet wären, so ist dies doch nicht der Fall. Die Franzosen müssen auf ihre Verbündeten Rücksicht nehmen und vorwärts arbeiten. Wenn Sie die Taten der Franzosen genau verfolgen, werden Sie wahrnehmen, daß es ihnen „nur“ darauf ankommt, das Deutschtum zu unterdrücken und auszurotten. Auf dem Lande geben sie den Polen selbst die Deutschen in die Hand, damit diese Arbeit schneller durchgeführt wird. Es wäre ihnen sehr leicht gewesen, unsere Handlungen zu unterstützen. Sie werden auch dafür sorgen, daß wir durch eine andere Macht in unserem Nachbarn nicht gehindert werden. In den Städten bemerken wir freudig, daß die Unterdrückung der Deutschen durch sie selbst bestrebt wird. Andernfalls werden sie es bis dahin bringen, daß auch die Städte in unsere Hand kommen. Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß sie durch polnische Truppen nicht gehindert werden, damit andere Mächte von diesem Vorhaben nichts erfahren. Dieses Mandat schreiben darf nicht in unrichtige Hände kommen. Große Vorsicht ist geboten. (W. T. B.)

Aufhebung des deutschen Plebiszitkommissariats.

Breslau, 15. Juli. Der „Schles. Volksztg.“ zufolge ist das deutsche Plebiszitkommissariat aufgehoben worden. Zur Wahrung der deutschen Interessen in Oberschlesien wollen sich die deutschen Parteien und die sonstigen deutschen Organisationen zu einem Volksrat zusammenschließen, an dessen Spitze Dr. Lucakel steht. (W. T. B.)

Der heimliche Unfall Harald Stuarts.

Berlin, 15. Juli. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet im Gegenatz zu den Meldungen, daß innerhalb der internationalen Kommission eine Einigung über Oberschlesien nicht erzielt worden sei, daß namentlich begründeter Anlaß zu der Vermutung vorliegt, daß in Doppel die Einigung erzielt sei. Der englische Vertreter Stuart sei umgefallen, zwar nicht mit lautem Geräusch, sondern heimlich und leise. Von englischer Seite hat man darauf hingewiesen, daß die Entsendung Stuarts nach Döpn vor allem bedeute, daß England eine gerechte Entscheidung wolle. Tatsächlich sei es aber vorläufig dem alten Runds Verord gelungen, dem mit ober-schlesischen Verhältnissen völlig un vertrauten Delegierten, der wahrscheinlich nicht ein einziges Mal persönlich die von ihm angenommene Grenzlinie durch das ober-schlesische Industriegebiet entlang gefahren sei, so zu beeinflussen, daß er von der ursprünglichen englischen These der Abtrennung nur von Pies und Wobritz und eines Teiles von Ratowitz sich auf den Kompromiß der Spornalinte zurückziehe.

Ein Weißbuch über polnische Bestallitäten.

Berlin, 15. Juli. Ueber das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien ist eine Art Weißbuch erschienen, welches eine Anzahl von Gewalttaten und Greuelthaten während des dritten Aufstandes in Oberschlesien im Mai und Juni dieses Jahres zusammenstellt.

Die Gefahr der heimtücklichen Injuranten.

Bromberg, 15. Juli. Ein Teil der ober-schlesischen Injuranten, besonders aber die aus polnischen und westpreussischen Truppenteilen stammenden Freiwilligen, werden augenblicklich in ihre Stammgarnisonen zurückbeordert, wo ihnen u. a. in Thorn, Bromberg, Opatowitz und Polen die polnische Bevölkerung einen begeisterten Empfang bereite und sie als Freiheitskämpfer feierte. Eine unmittelbare Folge ihrer Rückkehr und Umherbringung bei den Ersatztruppenteilen ist eine neue bedrohliche Anschwellung der Deutscherbege. An verschiedenen Orten ist es bereits wieder zu ersten Ausschreitungen gekommen. Es finden öffentliche Versammlungen statt, in denen zurückgekehrte ober-schlesische Freiwillige zur gewalttätigen Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den polnischen Gebieten auffordern.

Amtshauptmann Ruffel.

Ein offener Brief an Herrn Minister Lipinski.
Von Ministerialrat Dr. Woelfer.

Herr Minister!
Mit dem Vorschlage des neuen Amtshauptmanns von Leipzig haben Sie der Beamtenchaft einen schweren Schlag versetzt. Die Zusicherungen, die nach dem Umstürze von Ihren Amtsvorgängern der Beamtenchaft in händiger Form gegeben worden sind, haben Sie beiseite geschoben! Die Beamtenstände dulden nicht, den Fall als Einzelerscheinung hinzunehmen; er bedeutet ein Programm, er ruft die Beamtenchaft auf den Kampfplan. Sie fühlt sich in ihren Berufsrechten und in ihrem Bestande bedroht, in ihrer Zukunft gefährdet, der Parteipolitik ausgeliefert!

Die Beamtenchaft hat anderes verdient. Wesentlich ihrem staats-treuen Ausdauern ist es zu danken, daß nach dem Umstürze das Staatsgefüge einigermaßen zusammengehalten und das Chaos verhindert werden konnte. Man hat uns dieses Ausdauern seinerzeit vielfach verdacht und es uns zum Vorwurfe gemacht, daß wir uns so schnell „umgehelt“, so wenig Mitleid und Genußnahmefähigkeit gezeigt hätten. Man überließ dabei, daß es höchste Auffassung von Pflicht war, vielfach nur durch schwere innere Kämpfe, die Pflicht gegen das Staatsganze, gegen die Volksgemeinschaft, der der Beamte zu dienen hat. Die Stimmen verkümmerten in allmählicher Erkenntnis der wirklichen Lage. Aber andere wurden laut. Feindlichere, unheimlichere. Das „reaktionäre Beamtentum“, die „rückwärtige, allem Fortschritt widerstrebende Bürokratie“, die „Gegenwartigspolitiker“ wurden Schlagwörter des Tages und die „Demokratisierung der Verwaltung“ das Lösungswort, von dem man Heilung aller Uebel, Erfüllung aller Wünsche erwartete. Sind diese Schlagwörter aber etwas anderes als die Verhüllung der Tatsache, daß eine Reihe von Forderungen der Parteiprogramme, weil wirtschafts-fremd, an der Macht der Dinge scheiterte und sich als unerfüllbar erwies? Es zeigte sich, daß Versuchen und Krisen leichter ist als Schaffen und Aufbauen, Theorien aufstellen und nachbeten leichter als in die Tat umsetzen. Jeder Einsichtige der nach dem Umstürze zur Mitarbeit an Staatsgeschäften berufen war, hat das erfahren und wird es beklagen. Aber das Parteiprogramm durfte darunter nicht leiden. Also mußten andere Gründe herbeigeholt werden. Also hatte die Parteipresse die wahren Schuldigen gefunden. Wie klar, wie eindeutig! Die Beamten waren es, die sich jedem Fortschritt entgegenstemmten und jede Besserung verweigerten. Ich will nicht auf die unwürdigen Verdächtigungen und Beschuldigungen eingehen, mit denen, nachdem diese Lösung gefunden war die Beamtenchaft von einem Teile der Presse überhäuft wurde, vor allem von der Presse, Ihrer Partei Herr Minister.

Ich frage, wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Die Beamtenchaft hat den Eid auf die Verfassung geschworen — wohlverstanden den Eid auf die demokratische Reichs- und Landesverfassung, nicht den Eid für eine Herbeiführung der Diktatur des Proletariats, die nach das Ziel Ihrer Partei ist —, und sie stellt sich rückhaltlos auf dem Boden dieser Verfassung in den Dienst des neuen Staates. Sie hat erkannt, daß dies der einzige Weg ist, auf dem sie mit dazu helfen kann, unser Volk aus seiner Not wieder emporzubringen. Das ist der Geist, der allgemein die Beamtenchaft befeuert.

Sie werden auf Einzelfälle hinweisen wollen, Herr Minister, in denen Sie anderen Weik verführt zu haben glauben. Bedenken Sie, daß manchem Beamten die „Umstellung“ nicht leicht geworden ist. Verdrängungen, die wieviel auf uns eingestürzt ist. Welche Fälle von Arbeitslosigkeit und Beamtengruppen die neu zu lösenden Probleme gebracht haben, daß manche unter uns durch die Heberarbeit langer Jahre ermüdet sind und daß schließlich auch Beamte Nerven haben. Vielleicht werden Sie dann über Entgleisungen milder urteilen. Außerdem aber! Sie haben die Machtmittel, von den Beamten die treue und loyale Erfüllung der Verfassung zu fordern, gegen Beamte, die es daran fehlen lassen, einzuschreiten. Tun Sie das, die Beamtenchaft wird Ihnen nicht entgegenreten! Sie steht auf dem Standpunkt: „Wer die Verfassung beschworen hat, muß sie ehrlich und nach bestem Gewissen erfüllen. Wenn das nicht geht, der mag gehen.“ Und schließlich die Hauptsache! Wie kann man einige vereinzelte Fälle von Entgleisungen, einige wenige Widerstrebende der gesamten übrigen Beamtenchaft zur Last legen, die in strenger Pflichtanfassung sich in den Diensten des Volkes stellen?

Darum, Herr Minister, ist es eine dringliche Herausforderung der Beamtenchaft, daß Sie der Verfassung des Herrn Reichstagsabgeordneten Ruffel die Begründung gegeben haben, Sie hätten unter der Beamtenchaft keinen Anwärter finden können, der Ihnen eine absolute Gewähr für eine verfassungsmäßige Geschäftsführung geboten habe, und daß daher die Berufung des Herrn Ruffel eine Staatsnotwendigkeit gewesen sei. Das ist eine Verletzung unserer Berufsregel und eine